

Der Landesparteitag.

Am dritten Tage berichtet zunächst Berger namens der Mandatsprüfungskommission, daß 183 Delegierte anwesend sind, von ihnen 68 aus der Provinz; von den Frauenorganisationen sind 28 Vertreterinnen erschienen. Nach einer kurzen Debatte über die Berichte, an der sich Gerdinitsch (St. Pölten), Hanfer (Leobersdorf) und Fischer (Wien) beteiligten, wird der Antrag der Kontrolle auf Erteilung der Entlastung angenommen. Ein Antrag Fischer (Wien), ein aus acht Genossen bestehendes Comité einzusetzen, das über die Reorganisation der Wiener Organisation beraten soll, wird gemäß dem Vorschlag des Berichterstatters Breitschneider der Wiener Konferenz zugewiesen.

Ueber die „Volkstribüne“ berichtet Abgeordneter David, über die „Gleichheit“ Meiringer (Wiener-Neustadt), über den Floridsborfer „Volkboten“ Konorska. In der Debatte sprachen Ellenbogen, Schnofl (St. Pölten), Krotky (Wilhelmsburg), Bernmann (Wien), Gredt (Wien), Schlegl, Emmerling, Theresie Schlesinger, Nieger und Seig. Von einzelnen Delegierten wird die Umgestaltung der „Volkstribüne“ und ihr Verhältnis zur Einhebung der Parteibeiträge und die Möglichkeit von Kopfschlüssen erörtert. Auf Beschwerden der Provinzdelegierten über verspätete Zustellung der Arbeiter-Zeitung verweist Emmerling auf die von der Zensur hervorgerufenen Schwierigkeiten. Nach dem Schlusswort des Referenten David wird der Administration der „Volkstribüne“ die Entlastung erteilt.

Ueber die Erhöhung des Parteibeitrages für die Provinz berichtet Hummel:

Für Wien ist der Parteibeitrag bereits im vorigen Jahre erhöht worden; in der politischen Organisation beträgt er nunmehr 20 Heller wöchentlich, in der Frauenorganisation 60 Heller monatlich. Der Landesparteitag beschloß nun, der Parteibeitrag in der Provinz habe vom 1. April an 60 Heller zu betragen. Die Verteilung zwischen den Lokals- und den Bezirksorganisationen der Provinz obliegt diesen selbst; jedoch sind für jede Monatsquittungsmarke 26 Heller an die Landespartei abzuführen, davon behält diese 13 Heller, 9 Heller liefert sie als Reichsparteisteuer und 4 Heller für den Reichswahlfonds ab.

In Wien behält von der Wochenmarke, die eine Bestätigung über 20 Heller darstellt, der Bezirk 14 Heller, die Landesparteivertretung bekommt 6 Heller, von denen sie 2-9 Heller behält, 2 Heller an die Reichsparteivertretung, 1 Heller an den Reichswahlfonds und 0-1 Heller an den Wiener Lokalfonds abführt.

Die Frauenorganisationen in Wien und in der Provinz behalten 40 Heller monatlich, von den 20 Heller, die sie abliefern, sind 9 Heller für die Reichsparteivertretung, 2 Heller für den Reichswahlfonds und 9 Heller für die Landesparteivertretung bestimmt. Jedoch geben die beiden Parteivertretungen die Einnahmen, die sie von den Frauenorganisationen haben, an das Frauenreichskomité und die Frauenlandescomités weiter.

Wahl der Landesparteivertretung.

Nach dem von Berger erstatteten Vorschlag der Wahlkommission wird die Zahl der Mitglieder der Landesparteivertretung von 20 auf 23 erhöht, von denen zwölf den Landespartei Vorstand, elf die Landespartei Kontrolle bilden sollen. Gewählt werden:

Landesparteivertretung:

Germann Fischer, August Forstner, Johann Grassinger, Albert Hummel, Rudolf Müller, Johann Bötzler, Emil Bolke, Gabriele Probst, Karl Richter, Paul Richter, Albert Seber, Anton Weber.

Landespartei Kontrolle:

Rudolf Beer (Wien), Julius Linder (Wien), Anton Uckerl (Amstetten), Ferdinand Gerdinitsch (St. Pölten), Hans Benz (Gmünd), Johann Mück (Sigmundsherberg), Anton Fienböck (Wiener-Neustadt), Franz Pölzl (Liesing), Eduard Bösch (Stoßerau), Ferdinand Schiemmer (Neunkirchen), Marianne Schnofl (St. Pölten).

Ueber den

Kampf um das Landtags- und Gemeindevahlrecht

referiert Abgeordneter Renner, der folgende Resolution beantragt:

Der Landesparteitag sieht in den Vereinbarungen vom 19. Jänner den ersten Durchbruch der demokratischen Idee in der Verwaltung, die Ueberwindung überlieferter Vorurteile und die endliche Verwerfung veralteter Vorrechte, die für die Staatsverwaltung selbst zum Schaden gereicht, für die breiten Massen des Volkes aber in Stadt und Land politische Entrechtung sowie wirtschaftliche, kulturelle und soziale Verarmung gebracht haben.

Von nun an darf es keinen Vorwand für die Fortschleppung ständischer Einrichtungen aus früheren Jahrhunderten mehr geben! Das Wahlkörpersystem in den Gemeinden muß fallen! Die Vorrechte des Besitzes müssen dem gleichen Stimrecht aller Männer und Frauen in der Gemeinde weichen und die Demokratie der Verwaltung muß die im Reichsratswahlrecht angebahnte Demokratie der Gesetzgebung wirksam ergänzen und vollenden.

Die durchgreifende Gemeindeform ist heute für Staat und Volk unerlässlich. Die durch den Krieg gerüttelte Volks- und Staatswirtschaft, die durch ihn untergrabene Volksgesundheit und Volkswohlfahrt lassen sich ohne intensive wirtschaftliche und soziale Verwaltung nicht wiederherstellen. Das heutige Maß von Selbstverwaltung in der Gemeinde, die heutigen Gemeindevorstände sind für sie kein taugliches Instrument mehr, ebensowenig wie die Privilegienlandtage, die überdies zum stärksten Hindernis für die endliche Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen geworden sind.

Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Not des Volkes wie die politische Not der Nationen fordern den Neuaufbau des Staates von unten auf. Und dessen zunächst zu schaffende Grundlage kann nur die starke, freie, auf dem gleichen Stimmrecht aller Bürger ruhende Gemeinde sein.

Aus diesen Gründen fordert der Landesparteitag den Parteivorstand des Reiches wie des Landes Niederösterreich auf, den Kampf des Proletariats um das allgemeine, gleiche Stimmrecht für Männer und Frauen und um das Verhältniswahlrecht in der Gemeinde unverzüglich zu organisieren; er erwartet zugleich, daß die Arbeiterschaft des Landes diesen

Kampf mit ihrer in den bisherigen Wahlrechtskämpfen bewährten Entschiedenheit aufnimmt.

Ferner liegt folgende Resolution vor:

Die Regierung wird aufgefordert, das Proporzgesetz für die Industriegemeinden in Niederösterreich unverzüglich kundzumachen und die Neuwahlen in diesen Gemeinden ohne Rücksicht auf den Krieg auszuschieben. Der Landesauschuss und die Statthalterei werden aufgefordert, die nachstehenden Industrialorte in die Liste der Proporzgemeinden aufzunehmen:

- Aus den Gerichtsbezirken:
Amstetten: Hausmanning, Amerfeld, Winklarn;
Saag: Grnsthofen, St. Valentin;
Baibhöfen an der Ybbs: Groß-Hollenstein, Gröllendorf, Opponitz, Sonntagberg, Ybbitz, Zell an der Ybbs;
Baden: Gainsarn, Grohau, Güntelsdorf, Mauten-Leopoldsdorf, Kottlingbrunn, Pfaffstätten, Schönau an der Triesling, Tribuswinkel;
Pottenstein: Altenmarkt an der Triesling, St. Corona, Enzesfeld, Fahrtefeld, Birtenberg, Hornstein, Lindabrunn, Weihenbach an der Triesling;
Bruck an der Leitha: Gögendorf, Göllein bei Bruck, Sommerein;
Gauburg: Deutsch-Altenburg, Petronell, Brellenakirchen;
Schwechat: Mhan, Albern, Enzersdorf an der Fischa, Dennersdorf, Klein-Neusiedl, Leopoldsdorf bei Himberg, Mannsdörfl, Alt- und Neu-Kettenhof, Oberlaa, Unterlaa, Roth-Neusiedl, Schwadorf, Wienerherberg;
Groß-Enzersdorf: Breitenlee, Gbling, Groß-Enzersdorf, Leopoldsdorf, Ober-Siebenbrunn;
Volkersdorf: Süssenbrunn;
Marchegg: Breitensee, Lasse, Unter-Siebenbrunn;
Ristersdorf: Niegelsdorf;
Gmünd: Weinhöfen, Böhmzeil, Dittmanns, Eibenstein, Erdweis, Hoheneich, Schwarzbach, Weihenbach, Wielands, Wilschloberg, Zuggers;
Litschau: Altmanns, Eisgarn, Finsternau, Gopprechts, Litschau;
Schrems: Mlang, Amalienhof, Brand, Gebharts, Gunds, Kirchbach, Kirchberg, Kottlingbarmanns, Lanegg, Niederstrem, Rottenschachen, Seyfrieds, Steinbach;
Weitra: Groß-Pertholz, Karlstift;
Liesing: Inzersdorf bei Wien, Erlaa, Siebenhirten, Bösendorf, Perchtoldsdorf, Mauer bei Wien, Kattenleutgeben;
Neulengbach: Taufensblum, Neulengbach;
Purkersdorf: Gadersdorf-Weidlingau, Goblitz, Preßbaum;
Eggenburg: Groß-Keipersdorf, Klein-Weiseldorf, Maigen;
Geras: Gögelsdorf;
Gorn: Gars und Thunau, Wappoltenreith;
Korneuburg: Bisamberg, Enzersfeld, Stammersdorf;
Stoßerau: Hausleiten, Spillern;
Krems: Rehberg, Imbach, Senftenberg;
Langenlois: Gadersdorf, Mant;
Mautern: Gollenburg, Mautern;
Dainfeld: Namau, Unter-Mohrbach;
Lilienfeld: Eschenau;
Welf: Erlauf, Loosdorf, Böcklarn;
Feldsberg: Bernhartstal, Feldsberg, Ober-Themenau, Unter-Themenau;
Ebreichsdorf: Hof am Leithagebirge, Moosbrunn, Ober-Waltersdorf, Siegersdorf, Lattendorf, Weigelsdorf, Unter-Waltersdorf, Gloggnitz, Schottwien, Wimpassing;
Neunkirchen: Grünbach am Schneeberg, Urschendorf, Würflach;
Reh: Pultau, Zellernhof;
Dixenschlag: Sallingberg;
Petersburg: Klein-Böcklarn, Marbach an der Donau;
Herzogenburg: Oberndorf, Ober-Wölbling, Ober-Radlberg;
Kirchberg: Bösch, Rabenstein;
St. Pölten: Böhmeikirchen, St. Georgen am Steinfeld, Grubhach, Pottenbrunn;
Gaming: Scheibbs, Greiten;
Scheibbs: Neustift bei Scheibbs, Wieselburg, Klein-Erlauf, Kirchberg am Wagram: Fels, Grafenwörth;
Klosterneuburg: Göllein an der Donau, Atrichendorf, Gressenstein;
Zulln: Wörtern;
Dobersberg: Karlstain, Rauhen;
Waidhofen an der Thaya: Dietmanns;
Aspang: Edlig;
Gutenstein: Bernitz;
Wiener-Neustadt: Brunn am Steinfeld, Erbach, Richtenwörth, Muthmannsdorf, Ober- und Unter-Piesling, Sollenau, Steinabrüdl;
Zwetzl: Göpfrig an der Wild, Alentsteig, Schwarzenau;
Gerung: Groß-Gerung.

Gegen diese Resolution wendet sich Musterlich, dem es könnten dadurch die Gegner zu dem Glauben verleitet werden, als würden wir uns mit den alten Wahlordnungen abfinden. Dr. Renner erwidert darauf, daß das Proporzgesetz vor dem Kriege bereits sanktioniert war, aber nicht kundgemacht wurde, weil die Wahlen binnen sechs Wochen nach Kundmachung stattfinden müßten. Die Wahlen auf Grund des Proporzgesetzes würden den Kampf um die Demokratisierung des Gemeindevahlrechtes nicht hemmen, sondern nur fördern.

Beide Resolutionen werden angenommen; die zweite gegen drei Stimmen.

Sodann beantragt Paul Richter folgende

Friedenskundgebung:

Der Landesparteitag der Sozialdemokraten Wiens und Niederösterreichs bekräftigt neuerlich den unerschütterlichen Willen der Arbeiterklasse, den Kampf um die demokratische Erneuerung im Innern und um den Frieden der Welt mit Nachdruck und Ausdauer zu führen.

Er erwartet, daß die Arbeiterschaft des Landes ebenso tatbereit wie besonnen, ebenso entschlossen wie diszipliniert in der gewohnten Kampfbereitschaft ausharre.

Denn lange und schwere Kämpfe stehen uns noch bevor. Der Landesparteitag erwartet vom Parteivorstand den Einsatz aller Kräfte, damit die Friedenserklärung der Regierung erfüllt und die Ertragenschaften vom 19. Jänner gesichert und in kürzester Frist verwirklicht werden.

Daher hat der Parteivorstand alle Vorkehrungen zu treffen, das Rüstzeug der Organisation für den Kampf um den Frieden auszugestalten, wobei in erster Linie der bewährte Grundtat der Geschlossenheit und Einheit der Aktion des Gesamtproletariats im Auge zu behalten ist, um die Bewegung vor Eigenbrötlei und Zersplitterung zu schützen.

Zu diesem Ziele erwartet der Landesparteitag vom Parteivorstand neuerlich ernste und nachdrückliche Versuche einer Verständigung mit den Proletariaten aller Nationen Oesterreichs und die Anbahnung eines engeren Einver-

ständnisses mit den Bruderparteien Un-arns und Deutschlands, insbesondere aber neuerliche Schritte, trotz der bisherigen Mißerfolge, vereint mit den Sozialdemokraten des Deutschen Reiches auf die rascheste Wiederherstellung der Internationale hinzuzumirken.

So entslelet der Landesparteitag dem Proletariat der Welt seinen brüderlichen Gruß und erwartet von ihm, daß es seine Kräfte zur Erringung eines allgemeinen demokratischen Weltfriedens,

vereint und im Kampfe nicht ermüde, bis der vom Kapitalismus und Imperialismus verurteilten Welt endlich der Friede wiedergegeben ist.

Diese hehre und hohe Aufgabe macht es den sozialistischen Parteien in allen kriegführenden Staaten zur unabwieslichen Pflicht, von ihren Regierungen zu fordern, öffentlich ihre Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen und zum sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu erklären.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen. Der vorliegende Volksschlicht den Parteitag mit einem kurzen Rückblick auf die wichtigen Arbeiten, die er geleistet hat, und einem Hoch auf die Internationale. Die Delegierten singen das Lied der Arbeit.